

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Sport, Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeitspalt mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 218.

Dresden, Freitag den 19. September 1913.

24. Jahrg.

Unter den 17 Toten des Trambahnunglücks bei Götzsa befinden sich 12 Alpenjäger.

Die bulgarischen und türkischen Delegierten haben das Protokoll über die endgültige Grenzfestlegung unterzeichnet.

Aus Albanien werden Unruhen gemeldet.

Der spanische Geschäftsträger in Tanger verlangt die Festlegung des Paschas und des Scherifs von Tanger.

Praktische Arbeit.

Jena, 18. September.

Der so oft von gegnerischer Seite gegen die Sozialdemokratie erhobene Vorwurf, daß sie keine praktische Arbeit leiste, ist durch die heutige Vormittagsführung des Parteitagcs aufs neue glänzend widerlegt worden. Wo gibt es eine politische Partei in Deutschland, die sich jemals auch nur annähernd so gründlich mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge beschäftigt hätte, wie das rote Parlament in Jena? Der kürzlich abgehaltene Parteitag in Jena hatte für die Verwirklichung dieser wichtigen, die Arbeiter gerade in der jetzigen Zeit der Krise doppelt schwer berührenden Frage keine Zeit, die Herren vom Zentrum, die in ihren Flugblättern sich nicht genug ihrer angeblichen Arbeiterfürsorge rühmen können, haben nicht übrig für die Not des Volkes, sie läßt es kalt, ob Hunderttausende von fleißigen Arbeitern, die gern schaffen möchten, mit ihren Familien dem Hunger und dem Elend preisgegeben sind.

Ganz anders die Sozialdemokratie. Die zur Arbeitslosenfürsorge eingebrachte Resolution, noch mehr aber das glänzende Referat des Genossen Timm, München, beweisen aufs schlagendste, wie törichtes Gerücht es ist, wenn man immer und immer wieder behauptet, die Sozialdemokratie leiste keine praktische Arbeit, sie ergehe sich in utopischen Träumereien und vernachlässige die Aufgaben der Gegenwart. Zwar ließ der Referent keinen Zweifel darüber, daß die von Zeit zu Zeit immer aufs neue und immer heftiger auftretende Arbeitslosigkeit in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurzelt und nur mit dieser beseitigt werden kann, aber das hindert uns nicht, auch heute schon nach Mitteln zur Linderung der Not zu suchen und die herrschenden Gewalten an ihre Pflicht zu erinnern. Und daß die öffentlichen Körperschaften, Reich, Einzelstaaten und Gemeinden, in der Lage sind, einzugreifen und manches zur Verbesserung der Verhältnisse zu tun, davon dürfen nach den sachkundigen Darlegungen von Timm auch diejenigen überzeugt sein, die bisher diesem Problem nicht die genügende Beachtung entgegengebracht haben. Eine Fülle von Material war es, das der Referent in seiner einwandlos durchgeführten Rede vorbrachte, eine Fülle von Material zum Zeichen der verheerenden Wirkung der Krise, zugleich aber auch eine heftige Anklage gegen diejenigen, die aus Gleichgültigkeit oder gar aus Feindschaft gegen die Arbeiterklasse die Hände in der Schöße legen und nichts tun, um das Volk vor Verfall in Hunger und Elend zu bewahren.

In richtiger Erkenntnis der agitatorischen Wirkung dieser Rede hat der Parteitag dem Parteivorstand empfohlen, das Referat als Sonderbrochure herauszugeben. Und er hat gut daran getan. Wir werden damit auch den uns noch fernstehenden Kreisen zeigen, daß es nur eine Partei gibt, die sich der Interessen der Entrechteten annimmt, daß einzig und allein die Sozialdemokratie es ist, die die Fürsorge für die Arbeitslosen auf ihre Fahne geschrieben hat, und wenn dann in Ausführung der erfreulicherenweise einstimmig angenommenen Resolution eine planmäßige Agitation gegen die Untätigkeit der Regierungen und Verwaltungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge einsetzt, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben. Die Zahl der Gemeinden, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, wird sich vermehren, die Einzelstaaten werden aus ihrer Reserve aufgeschöpfen, die Verwaltungsbehörden werden, gedrängt von den Vertretern der Arbeiterklasse, für sofortige Inangriffnahme von Arbeiten sorgen müssen, um wenigstens für den Augenblick etwas zu tun, und schließlich wird die Zeit kommen, wo auch der Reichstag und die verbündeten Regierungen eingeschoben haben werden, daß nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten herbeigeführt werden kann. Sache unserer Gemeindevorsteher wird es sein, zunächst dafür zu sorgen, daß etwaige kommunale Arbeitslosenversicherungen, die bis zur Verwirklichung einer Reichsarbeitslosenversicherung neu geschaffen werden, aufgebaut werden auf Grundlage des Genossenschaftensystems, das heißt in Form der Gründung von Zuschüssen an die Gewerkschaften zu den von ihnen bewilligten Arbeitslosenunterstützungen. Mit diesem Beschluß findet sich der Parteitag in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Kopenhagen und des Dresdner Gewerkschaftskongresses. Die Gewerkschaften haben ein Recht, zu verlangen, daß sie zur Verwaltung auf diesem Gebiete miteingezogen werden. Ohne aber gar gegen sie eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, ist heute ein Ding der Unmöglichkeit, und wohl oder übel

müssen die herrschenden Klassen den verdünnten Gewerkschaften Zugeständnisse machen. Die Arbeiter aber, die am eigenen Leibe die Folgen der Arbeitslosigkeit spüren, werden der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften den Dank für die energische Wahrnehmung ihrer Interessen dadurch abstaten, daß sie eintreten in die Reihen der Klassenkämpfer.

War die Vormittagsführung der Erörterung des Problems der Arbeitslosenfürsorge gewidmet, so war die Nachmittagsführung die Einleitung zu der großen Steuerdebatte, der man weit über die Reigen unserer Parteigenossen hinaus mit Spannung entgegensteht. Die Dispositionen waren ursprünglich dahin getroffen, daß heute die beiden Referate von Barm und Südheim entgegengenommen werden sollten. Aber der Plan ließ sich nicht verwirklichen, da allein das Referat von Barm fast die ganze Sitzung ausfüllte. Annähernd 3 Stunden sprach Genosse Barm und von Anfang bis zu Ende hörten die Delegierten mit gespanntester Aufmerksamkeit zu, ein Beweis, daß nichts von dem, was er sagte, überflüssig war. Mit großer Geschwindigkeit unterzog er sich der Aufgabe, seine bereits durch die Presse bekannt gewordene Resolution im einzelnen zu begründen, unseren theoretischen Standpunkt zur Steuerfrage darzulegen und die Fraktion gegen die ihr wegen ihrer Haltung zur Defizitvorlage gemachten Vorwürfe zu verteidigen. Gegenüber denen, die der Fraktion einen Verstoß gegen unser Programm vorwerfen, konnte er, gestützt auf die tatsächlichen Vorgänge, mit guten Gründen anführen, daß die Militärvorlage abgetan, daß sie angenommen war, und daß es sich nur noch darum handelte, ob wir arbeiterbelastende Steuern verändern sollten oder nicht. Wie können wir auf dem Boden unseres Programms praktische Arbeit zum Segen der Arbeiterklasse leisten, wie können wir ohne unseren prinzipiellen Standpunkt aufzugeben, drohende Schäden von der Arbeiterklasse abwenden? Das war der Gedanke, der sich wie ein roter Faden durch das Referat zog, und ohne der weiteren Debatte oder den Entschärfungen der höchsten Instanz der Partei vorzugreifen, glauben wir, heute bereits sagen zu können, daß der Parteitag sich auf den Boden der Resolution des Referenten stellen und die Tatfrage der Fraktion billigen wird. Zwar trägt die Gegenresolution Geher und Genossen die stattliche Anzahl von 60 Unterschriften, aber der fortgesetzte Verfall, den Barm bei seinen Ausführungen fand, und der sich am Schluß zu einer stürmischen Rundgebung des Einverständnis gestaltete, läßt mit großer Wahrscheinlichkeit den Schluß zu, daß die Gegenresolution auf Annahme kaum zu rechnen hat.

Säuglingschutz.

Am Donnerstag ist in Breslau ein Kongreß zusammengetreten, der sich mit der Frage der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit beschäftigt hat. Bekanntlich gehen in Deutschland alljährlich viele Tausende proletarischer Kinder elend zugrunde. Das ist allerdings eine Erscheinung, die wir nicht erst seit heute und gestern beobachten können, sondern an die wir eigentlich seit Jahrzehnten gewöhnt sind und die man lange als selbstverständlich hingenommen hat, ohne sich den Kopf darüber zu zerbrechen. Die besitzenden Klassen wurden von der Säuglingssterblichkeit wenig betroffen. Wenn auch Tausende von proletarischen Frauen schmerzzerfüllt ihre Kinder in ein frühes Grab sinken sahen, darüber brauchte man sich nicht aufzuregen. Proletarier gab es ja genug. Heute ist das etwas anders geworden. Auch in den besitzenden Kreisen läßt man an, sich für die Frage des Säuglingschutzes immer mehr zu interessieren. Woher kommt das? Ist unser Bürgerthum humaner geworden, hat man jetzt mehr Mitleid mit den Arbeiterfrauen? Nun, mer andere Bourgeoise kennt, wird nicht lange zögern, diese Frage zu verneinen. Die Ursache des Interesses für die Frage des Säuglingschutzes liegt vielmehr in der Besorgnis, die man heute über die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums empfindet. Früher schwebte anglistischen Gemüthern das Schreckgespenst der Ueberbevölkerung vor. Hatte doch der selbige Malthus am Anfang des 19. Jahrhunderts gelehrt, die Bevölkerung habe die Tendenz, sich schneller zu vermehren als der Nahrungsmittelherzeugung, und so Elend und Not für unüberwindbare Begleitererscheinungen jeder Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erklärt. Eine für die Kapitalisten sehr bequeme Lehre. Wenn (wiewo gegen Not und Elend nichts zu machen ist, braucht man sich ja mit Sozialpolitik und ähnlichen unangenehmen Dingen nicht erst abzugeben. Die Erfahrungen haben den alten Malthus Lügen gestraft. In den modernen Kulturstaaten hat sich gezeigt, daß seine Behauptungen über die Bevölkerungszunahme durchaus nicht den Tatsachen entsprechen. Wir bemerken dort eine Abnahme der Geburtenzahl, die eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums herbeiführt, ja sogar die Möglichkeit einer Abnahme der Bevölkerung in diesen Ländern in bedrohliche Nähe rückt.

Das klassische Land der geringen Geburtenzahl ist ja Frankreich, in dem die Bevölkerung in den letzten 40 Jahren kaum mehr zugenommen hat. Die Franzosen sind eben praktische Leute und

haben frühzeitig erkannt, daß man viel bequemer leben kann, wenn man nicht zuviel Kinder in die Welt setzt. Dem Beispiel der Franzosen sind in anderen Ländern, so vor allem auch in Deutschland, zunächst die besitzenden Klassen gefolgt. Gerade dort sind ja die Lebensbedürfnisse kolossal gestiegen. Und je weniger Kinder man hat, um so weniger Beschränkungen braucht man sich auferlegen, um so leichter kann man „standesgemäß“ leben.

Darüber, daß die Besitzenden ihre Kinderzahl beschränken, hat sich niemand Sorgen gemacht. Die Proletarier taten ihre Pflicht, sie setzten genügend Kinder in die Welt und lieferten so dem Staate genug Soldaten und dem Unternehmer genügend Arbeiter. Aber jetzt haben die Proletarier angefangen es auch in Deutschland den Besitzenden nachzutun, und nun wird die Sache dringlich. Besteht doch zweifellos für die Kapitalisten die wenn auch heute noch entfernte Gefahr, daß durch die Verminderung der Bevölkerungszunahme das Angebot von Arbeitern verringert, die Stellung der Arbeiter im Kampfe um ihren Anteil am Arbeitsertrag verhärtet und so der Profit der Kapitalisten geschwächt wird. Niemand, der auch nur eine Ahnung von dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft hat, wird erwarten, daß durch eine Abnahme des Bevölkerungswachstums die Arbeitslosigkeit verschwindet. Daran kann schon deshalb nicht gedacht werden, weil in der kapitalistischen Gesellschaft, insofern von Konjunkturschwankungen, insofern des Bescheß der Mode, der Notwendigkeit der Saisonarbeit, der Arbeiterbedarf ständig schwankt, so daß von Zeit zu Zeit Massen von Arbeitern unter allen Umständen arbeitslos sein müssen. Aber es ist denkbar, daß infolge der Abnahme oder des Stillstandes des Bevölkerungswachstums, in Zeiten der Hochkonjunktur ein empfindlicher Mangel an Arbeitern eintritt, und das Ueberangebot von Arbeitskräften in Krisenzeiten nicht mehr so bedeutend ist wie heute. Sind die Arbeiter gut organisiert, so kann das für die Unternehmer sehr unangenehm werden. Gewiß, heute hat sich derartiges noch nicht gezeigt — kurzzeit haben wir ja eine einmalige Arbeitslosigkeit — und in den nächsten Jahren wird in einem Mangel an Arbeitern wenigstens in der Industrie im allgemeinen auch noch nicht die Rede sein können. Das liegt zum großen Teil aber daran, daß wir immer größer werdende, Arbeiterheere aus wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern, besonders aus dem Osten, heranziehen. Aber was dann, wenn die Lieferanten unseres ausländischen Rohstoffmaterials verlegen? Wenn die Länder, die heute in großen Scharen Arbeiter über die Grenze nach Deutschland senden, sich selbst wirtschaftlich so entwickeln, daß sie uns keine Menschen mehr liefern können, wenn die Proletarier dieser Gebiete gebildet und intelligenter werden, und dort eine Verlangsamung der Bevölkerungszunahme eintritt. Außerdem, die Polen, Ruthenen, kann man wohl brauchen als Erd- und Landarbeiter, aber nicht dazu, um sogenannte qualifizierte Arbeitskräfte zu ersetzen, wie sie unsere Fertigungsindustrie braucht, man kann ihnen keine komplizierten Maschinen in die Hand geben. Aber gerade auf den Fertigungsindustrien, die auf die gebildeten und geschulten Arbeitskräfte angewiesen sind, beruht doch zum großen Teile Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt. Außerdem liefern die ausländischen Arbeiter auch keine Soldaten. Man kann es daher begreifen, daß den besitzenden Klassen und Regierungen die Verlangsamung der Bevölkerungszunahme sehr unangenehm ist, wenn ihnen auch heute noch nicht gerade das Feuer auf den Nägeln brennt, und daß sie sich eifriger mit der Frage beschäftigen: Wie können wenigstens die einmal geborenen Kinder am Leben erhalten werden?

Es braucht in einem Arbeiterblatt wohl kaum aus einanderzusetzen zu werden, daß die vornehmste Ursache der großen Säuglingssterblichkeit die so große soziale Not ist, unter der die Massen unseres Volkes zu leiden haben. Viele Kinder kommen schon krank und schwächlich auf die Welt, weil die Mutter während der Schwangerschaft einer Arbeit nachgehen mußte, die ihre und ihres Kindes Gesundheit aufs schmerzliche gefährdete. Tausende von Kindern haben ihren Tod den elenden Wohnungsverhältnissen zu verdanken. Sie müssen in überfüllten Räumen liegen, deren Luft oft noch durch schädlichen Staub oder giftige Dünste verschlechtert wird, weil gerade Frauen mit kleinen Kindern häufig Heimarbeit treiben müssen. Bekannt ist ja auch, wie gefährlich für Säuglinge die unerträgliche Hitze ist, die an heißen Sommertagen in den großstädtischen Mietkasernen herrscht. Dazu kommt, daß viele Arbeiterfrauen beim besten Willen keine Zeit haben, sich genügend der Pflege ihrer Kinder zu widmen, ganz abgesehen von den unehelichen Müttern, die ja heute so häufig sich ganz von ihren Kindern trennen müssen. Auf dem Kongreß in Breslau ist die Propaganda für das Selbststillen der Kinder durch die Mutter als das wichtigste Kampfmittel gegen die Säuglingssterblichkeit angepriesen worden. Aber durch wirtschaftliche Not wird gerade das Stillen der Kinder vielen Müttern unmöglich gemacht. Zugewoben ist, daß auch vielfach das Selbststillen der Kinder aus Unverständnis und Bequemlichkeit unterbleibt, allerdings wohl mindestens ebenso häufig bei den Frauen der Besitzenden wie bei Proletarierfrauen. Aber da trägt sicherlich unsere Volksschule einen reichlichen Teil der Schuld, die die Köpfe der Kinder durch Einwirkungen von Uebelständen zu verfeinern sucht, dafür es aber unterläßt, ihnen die notwendige Aufklärung über den menschlichen Körper zu geben und sie zu Menschen zu erziehen,